

RUSSLAND

„Putins Regime erzieht zum Hass“

Auszüge aus dem SPIEGEL-Briefwechsel mit dem Häftling Michail Chodorkowski

Moskau, den 12. Juni 2011

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, wo stecken Sie? Keine zwei Tage ist die Nachricht alt, dass Sie aus Ihrem Moskauer Gefängnis wieder in eine Strafkolonie verschickt wurden. Ihre Eltern, Ihre Frau, Ihre Kinder — keiner weiß, wo Sie sich gerade befinden. Irgendwann werden Ihre Anwälte diesen Brief hoffentlich an Sie übermitteln können.

Heute ist der Tag der Unabhängigkeit Russlands. Im Hotel Ukraine, dem Wolkenkratzer gegenüber dem Regierungssitz, habe ich im Aufzug eine patriotische Leuchtreklame gesehen. „Der Nationalfeiertag symbolisiert die Freiheit einer geeinten Nation, die ohne Nationalitätenschränken den Wohlstand ihrer Bürger mehrt“, stand da.

Russland aber ist dreifach zerrissen: sozial, ethnisch und politisch-kulturell. Ist Ihr Land ein Mitglied der europäischen Wertegemeinschaft oder eine asiatische Autokratie?

Segescha, im Juli 2011

Sehr geehrter Matthias, diesmal wurde ich in eine Einzelzelle transportiert, die Teil eines Gefängniswaggons der Eisenbahn war. Wohin man mich bringt, wusste ich nicht. In Russland ist das ein Geheimnis.

Hier in der Strafkolonie (*im nordrussischen Segescha* —Red.) treffe ich viele Menschen, die mich interessieren: Tschechen und Gastarbeiter aus Tadschikistan zum Beispiel. Ich lerne viel Neues.

Russlands Werte, das möchte ich betonen, sind die Europas. Die Losung von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit ist jedem Russen vertraut. Man hat die Menschen hier mit dem Gerede von einem russischen Sonderweg in die Irre geführt. Natürlich unterscheiden wir uns von den Deutschen, Briten und Franzosen. Aber nicht mehr als dies bei Griechen, Portugiesen und Spaniern der Fall ist.

Russlands gewaltiger Raum ist Herausforderung und Kreuz zugleich. Eine geeinte, starke Zivilgesellschaft von Wladiwostok bis Pskow zu schaffen ist eine Aufgabe von einzigartiger Schwierigkeit. Dazu gehört, den Menschen einen anständigen Lebensstandard zu ermöglichen, Zugang zu Bildung und Medizin, die kulturelle Einheit. Probleme überall.

Aber Russland ist nicht zu autoritärer Herrschaft verurteilt. Wir haben nur ein geschwächtes Immunsystem nach langer und schwerer Krankheit. Die Europäer können uns entweder bei der endgültigen Heilung helfen, oder ihr Nachbarhaus wird wieder eine Pestbaracke. Das sind die Optionen.

Moskau, im August 2011

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, in meinem ersten Brief schrieb ich von der Zerrissenheit Russlands. Auch Sie sind ein Symbol dieser gespaltenen Gesellschaft. Die einen halten Sie für den zu Recht inhaftierten Chef einer mafiösen Gruppierung, die sich im Zuge der Privatisierung und mit meist skrupellosen Methoden die Filetstücke der sowjetischen Staatsindustrie unter den Nagel gerissen hat. Die anderen sehen in Ihnen wahlweise den smarten Unternehmer oder einen Märtyrer im Kampf für Bürgerrechte und Rechtsstaat. Damals galten Sie als Raubtierkapitalist, nun sind Sie für manche eine Menschenrechts-Ikone. Wie sehen Sie sich selbst?

Segescha, im September 2011

Sehr geehrter Matthias, was andere Menschen über mich denken, macht mir schon lange keine Sorgen mehr. Ich unternehme keine Anstrengungen mehr, irgendwelche Legenden zu zerstören. Aber werde ich gefragt, dann antworte ich.

Also: Die Geschichte meines Unternehmens Jukos ist eine voller Risiken. Eine Geschichte von harter Arbeit, Erfolgen und Niederlagen. 2003, im Jahr meiner Verhaftung, haben wir 80 Millionen Tonnen Öl gefördert, nur ein Drittel davon stammte aus „sowjetischen“ Quellen, den Rest haben wir erschlossen oder wieder aufgebaut. Die Meinung sogenannter Experten, dass wir lediglich sowjetische Kapazitäten ausgebeutet und nichts aus eigener Kraft geschaffen haben, ist lächerlich.

Aber das ist nicht wichtig. Mir ist wichtiger, was sich in mir selbst verändert. Die innere Freiheit hat sich für mich als das Entscheidende erwiesen. Man kann uns physisch dazu zwingen, dies zu tun oder jenes zu lassen. Man kann uns die äußere Freiheit rauben. Niemand aber kann mich zwingen, an Lügen zu glauben

oder nicht mehr das zu verteidigen, woran ich glaube.

Moskau, im Oktober 2011

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, ich bin gerade von einer Recherche nach Segescha zurück, in diese graue Stadt unweit der Grenze zu Finnland, in deren Nähe Sie einsitzen. Die Unzufriedenheit der Einwohner mit den Kreml-Herrschern war mit Händen zu greifen. Aber auch für Sie brachten nur wenige Sympathie und Mitleid auf.

Ihr Lageralltag muss eintönig sein. Was tun Sie den ganzen Tag? Haben Sie eine Zwangsarbeit zugewiesen bekommen, wie das im russischen Strafsystem üblich ist?

Segescha, im November 2011

Lieber Matthias, der Lageralltag ist so eintönig, dass es schwerfällt, sich im Nachhinein zu erinnern, wann genau dies oder jenes passiert ist, vor einem oder vielleicht vor zwei Jahren. Die Tage zerfließen zu einer grauen Masse. Jammern aber wäre Sünde. Ich falte jetzt Aktendeckel und arbeite nicht mehr in der Kunststoffverarbeitung.

Nach Feierabend gibt es immer viel zu tun: die Zeitungen, die Zeitschriften, die Fernsehnachrichten. Das muss sein, damit ich auf dem Laufenden bleibe.

Ich beantworte zahlreiche Briefe, verfasse Artikel und bemühe mich als Co-Autor, die Veröffentlichung einiger Bücher voranzutreiben. Ohne Computer, ohne Nachschlagewerke ist das keine leichte Aufgabe.

Es bleibt keine Zeit, selbst Bücher zu lesen. Während der Neujahrsferien möchte ich das zumindest nachholen und ein Dutzend Bücher verschlingen.

Moskau, 28. Dezember 2011

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, wie schauen Sie auf das zurückliegende Jahr? Und fasst man im Gefängnis eigentlich Vorsätze für das neue?

2011 war vollgepackt mit Großereignissen: Die Europäische Union taumelt von einem Krisengipfel zum nächsten. In arabischen Ländern rebellieren die Völker gegen ihre Herrscher. Auch in Moskau gingen Zehntausende auf die Straße, um gegen die Fälschungen bei der Dumawahl zu protestieren. Wie sehen Sie diese neue Protestbewegung?

„Krass rechtswidrig“

Putins Intimfeind Michail Chodorkowski müsste 2014 freikommen, doch die Justiz bereitet schon den nächsten Prozess vor. Auch ein deutscher Jurist gerät ins Visier der Ermittler.

Der Lufthansa-Flug LH 2996 verließ Hamburg am 30. September planmäßig um 11.05 Uhr, das Ziel: der Flughafen Wnukowo im Südwesten Moskaus. Auch Rechtsprofessor Otto Luchterhandt aus Lüneburg hatte Plätze im Airbus gebucht: für sich, seine Frau, den Sohn und die Schwiegertochter. Die Familie machte sich auf den Weg in Russlands Hauptstadt, Luchterhandts Platz aber blieb dann doch leer — der Jurist hatte sich im letzten Moment nach einer Warnung aus dem Umfeld des Bundeskanzleramts entschieden, nicht einzusteigen.

Der Grund war ein Schreiben des Ermittlungskomitees der Russischen Föderation „an die zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland“. Das Komitee ist der wichtigste Handlanger der russischen Staatsanwaltschaft und für „Schwerverbrechen“ zuständig. Es untersteht direkt dem Präsidenten, geleitet wird es von einem früheren Kommilitonen Wladimir Putins. Die Russen baten in dem Brief, dringend den 1943 in Celle bei Hannover geborenen Luchterhandt vernehmen zu dürfen — und zwar im Strafverfahren 18/41-03, „zu dem dieses Rechtshilfeersuchen gerichtet wird“.

Die Strafsache 18/41-03 ist das Verfahren gegen den Ex-Chef des russischen Erdölkonzerns Jukos, Michail Chodorkowski. Der russische Staat verurteilte ihn in zwei Prozessen zu fast elf Jahren Haft — im August kommenden Jahres müsste er entlassen werden. Doch die Zweifel wachsen, dass daraus etwas wird. Und Luchterhandt könnte in dem Verfahren schnell mal selbst in einem russischen Gefängnis landen.

Denn die Causa Chodorkowski war nie eine rein juristische Angelegenheit. Der Oligarch, einer der schärfsten Kritiker von Wladimir Putin, hatte vor seiner Verhaftung Oppositionsparteien finanziert und engste Vertraute Putins öffentlich der Korruption bezichtigt. Die deutsche Justizministerin Sabine

Leutheusser-Schnarrenberger, die bis 2009 Berichterstatterin für den Europarat im Fall Chodorkowski war, hält den „politischen Hintergrund für ganz offenkundig“.

Das Rechtshilfeersuchen in Sachen Otto Luchterhandt verstärkt Zweifel daran, dass Putin eine Rückkehr Chodorkowskis ins öffentliche Leben zulassen wird — solange er an der Macht ist. Denn in dem Schreiben steht auf Seite eins: „Die Untersuchung in diesem Strafverfahren geht weiter.“ Die ins Ausland geflüchteten „Glieder der organisierten Gruppe unter Leitung Chodorkowskis“ seien dabei, gestohlene Ölmilliarden zu waschen und mit diesen Geldern russische und ausländische Ex-

perthen zu kaufen. Diese sollten die öffentliche Meinung in Russland auf die „Notwendigkeit der Liberalisierung der Strafgesetzgebung vorbereiten“, zugunsten von Chodorkowski. Zu den ausgewählten Wissenschaftlern gehöre Luchterhandt, der bereits in den vergangenen Jahren „einige Ereignisse in Russland öffentlich kritisiert“ habe, wie es vorwurfsvoll heißt.

Das Papier, unterzeichnet vom „Untersuchungsführer für die Ermittlung von besonders wichtigen

Straftaten gegen die Staatsmacht“, Oberst der Justiz F. G. Ganijew, liest sich wie die Blaupause für einen dritten Chodorkowski-Prozess.

Der erste war 2005 mit einem Urteil wegen „schweren Betrugs und Steuerhinterziehung“ zu Ende gegangen. Der zweite kam 2010 zu dem Schluss, Chodorkowski und seine engsten Mitarbeiter hätten über 200 Millionen Tonnen Erdöl gestohlen und sich mehr als 20 Milliarden Dollar angeeignet. Im dritten würde er wohl — das legt das Schreiben an die Deutschen nahe — als Boss eines internationalen Netzwerks angeklagt, das angeblich gegen den russischen Staat arbeite.

Zentraler Punkt der Untersuchungen sind mehrere unabhängige Gutachten

aus dem Jahr 2011, die das Urteil im zweiten Chodorkowski-Prozess für unrechtmäßig erklären. Angefordert hatte die Expertise pikanterweise Putins politischer Ziehsohn, der damalige Präsident Dmitrij Medwedew.

Medwedew wollte der internationalen Kritik die Spitze nehmen und übertrug die Aufgabe seinem Beirat für Menschenrechte. Der bat „hochqualifizierte Fachleute im Bereich Verfassungs-, Strafprozess- und Unternehmensrecht“, das Urteil zu prüfen. Angesprochen wurden sechs russische und drei ausländische Experten, darunter der Deutsche Luchterhandt, ein Fachmann für Ostrecht.

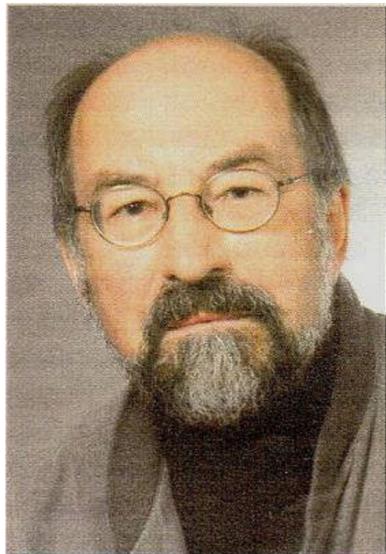
Die Gutachten waren vernichtend für Russlands Justiz. Luchterhandt kam zu dem Schluss: Das zweite Chodorkowski-Urteil „ist zutiefst ungerecht. Es verstößt massiv gegen justizielle Grundprinzipien des Rechtsstaates. Zweitens ist es auch deswegen krass rechtswidrig, weil es die Angeklagten wegen Straftaten verurteilt, die sie nicht begangen haben“.

Medwedew leitete die Gutachten an die zuständige Justizbehörde weiter. Die wies die Kritik zurück — und überließ den Fall wieder dem Ermittlungskomitee. Das knöpfte sich nun die Verfasser der Expertisen vor, zuerst nur die russischen. Der Vorwurf: „Behinderung der Justiz“. Zugleich wurde gestreut, Chodorkowski habe verschiedenen Rechtsexperten aus dem hinterzogenen Vermögen 50 Millionen Rubel zahlen lassen, 1,2 Millionen Euro.

Im Spätsommer 2012 tauchten in den Büros der russischen Experten die ersten Ermittler mit Durchsuchungsbefehlen auf. Sie beschlagnahmten Computer, Mobiltelefone, den E-Mail-Verkehr und sogar Diplome und Reisepässe, um die „erlogenen“ Behauptungen der Juristen zu widerlegen.

Einer der Experten, der Moskauer Hochschulrektor Sergej Gurijew, floh angesichts der Ermittlungen sogar nach Paris. Putin, inzwischen wieder selbst Präsident, war über das harte Vorgehen im Bilde.

Der Fall Otto Luchterhandt zeigt: Jetzt geraten auch die ausländischen Experten ins Visier der russischen Staatsanwaltschaft. Noch geht es darum,



Professor Luchterhandt
„Erlogene“ Behauptungen?



Ölmagnat Chodorkowski im Helikopter 1997: „Wenn ich etwas vorhabe, dann erledige ich das gleich“

den Deutschen als „Zeugen“ zu vernehmen. Die 37 Fragen aber, die ihm gestellt werden sollten, klingen wie ein vorweggenommenes Urteil. Da ist davon die Rede, dass Luchterhandt ein „Kritiker der Staatsorgane der Russischen Föderation“ sei, „nicht objektiv“, sondern durch Geldzahlungen „abhängig“ von Chodorkowskis Vermögensverwaltern.

Deutschland wies das Rechtshilfersuchen am 24. September zurück. Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger begründet die Entscheidung ihres Ministeriums damit, dass das russische Vorgehen in der Causa Chodorkowski zu „wesentlichen deutschen Rechtsgrundsätzen im Widerspruch“ stehe. Im Übrigen sei der russischen Justiz in diesem Fall aus Erfahrung nicht zu verträglich „Man weiß nicht, ob man nach einer Vernehmung in Moskau am Abend noch im Zeugen-Status ist oder schon Beschuldigter.“ Dieser Gefahr dürfe man Luchterhandt nicht aussetzen.

CHRISTIAN NEEF

Einige der Redner forderten Ihre Freilassung, einige wenige Demonstranten sahen in Ihnen die charismatische Führungsperson, fähig, die zerstrittene Opposition zu einen. Hegen Sie solche Ambitionen?

Segescha, im Januar 2012

Sehr geehrter Matthias, Vorsätze habe ich nie gemocht. Wenn ich etwas vorhabe, dann erledige ich das gleich. Geplantes auf die Zukunft zu verschieben ist ein Zeichen der Unentschlossenheit. Lass bleiben, was du nicht schaffst! Was die Protestbewegung anbelangt, so wundert mich, wie lange meine jungen, gutsituierten Mitbürger all diese Demütigungen über sich ergehen lassen. Auch für Proteste braucht die Gesellschaft Erfahrung. Die neue Generation der Russen macht diese gerade.

Ich halte gewaltlose Proteste für eine erfolgversprechende Strategie. Die Menschen müssen von der Obrigkeit fordern, Gesetze und Moral zu achten, die Institutionen des Rechtsstaats wieder aufzubauen, einschließlich einer unabhängigen Justiz und ehrlicher Wahlen.

Ich denke, Putin ist nicht mehr flexibel genug. Seine Zeit neigt sich dem Ende zu.

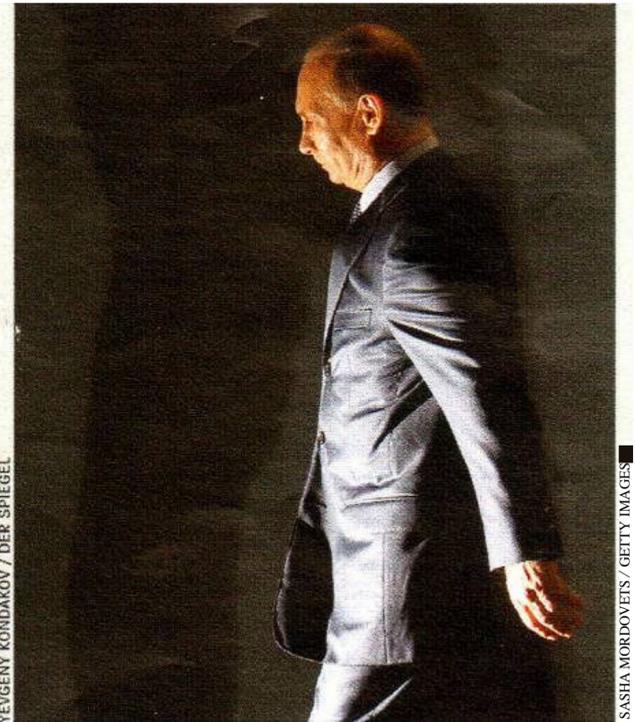
Falls er früh genug und friedlich ausscheidet, wird sich Russland auch weiterhin in Richtung Demokratie bewegen. Zieht sich dieser Prozess in die Länge, wachsen die Spannungen. Die politischen Lager radikalieren sich. Es könnte dann zu einer Revolution unter den Fahnen rechter National-Chauvinisten kommen. Sie haben viele Verbündete bei Polizei, Justiz und Geheimdiensten.

Mein Ehrgeiz liegt nicht im Kampf um die Macht. Im Laufe meines Lebens habe mich daran satt gegessen. Ich will aber für die Grundwerte wie persönliche Freiheit und Menschenrechte kämpfen.

In den Zeitungen der Region hier sind übrigens auch positive Artikel über mich zu lesen. Ich wünsche Ihnen alles Gute im neuen Jahr.

Moskau, im Februar 2012

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, ich habe den deutschen Rechtsprofessor Otto Luchterhandt besucht, der im Auftrag des Menschenrechtsrates von Präsi-



Straflager Segescha, Präsident Putin: „Putins Zeit neigt sich dem Ende zu“

dent Dmitrij Medwedew eine Expertise zum zweiten Strafverfahren gegen Sie verfasste. Der Rat fordert eine Amnestie, weil „keine Beweise“ für die „Vorwürfe des Diebstahls und Veruntreuung“ gefunden werden konnten. Luchterhandt bezeichnet die Urteile gegen Sie als „willkürlich“.

Seit Jahrhunderten sind die Gerichte weitgehend Befehlsempfänger des Kreml. Auch in der Gesellschaft ist der Rechtsstaat kein hohes Gut. Gerechtigkeit rangiert im Denken der Menschen weit höher als Rechtmäßigkeit. So darf ein hoher Jurist wie der ehemalige stellvertretende Generalstaatsanwalt Jurij Birjukow mit Zustimmung rechnen, wenn er Sie in einem Buch als Drahtzieher zahlreicher Gewaltverbrechen darstellt, ohne Beweise vorzulegen. Er appelliert an das Gefühl, dass Sie als Oligarch schon irgendwie zu Recht einsitzen.

Liegen nicht Tragik und Ironie darin, dass Sie selbst ein Opfer jenes Rechtssystems sind, das Sie früher bis an die Grenze — und, wie manche meinen, bis über die Grenze hinaus — ausgenutzt haben?

Segescha, im März 2012

Sehr geehrter Matthias, zu denken, dass Russland in nächster Zeit ein Rechtsstaat werden kann, ist naiv. Umgekehrt aber ist es unmoralisch, die Augen davor zu verschließen, dass unsere Regierung in die entgegengesetzte Richtung geht. Um die alte Kluft zwischen Staat und Gesellschaft zu schließen, müssen wir uns schlicht an die Verfassung unseres Landes halten. Genau das fordert die neue Mittelklasse mit ihren wütenden Bürgern, die jetzt demonstrieren.

Die Tätigkeit unserer Jukos-Lobbyisten in der Staatsduma geschah immer ganz offen. Wir haben zu keinem einzigen Gesetz beigetragen, das nicht im Interesse aller Ölfirmen gewesen wäre. Ebendeshalb wurde kein einziges dieser Gesetze

nach meiner Festnahme abgeschafft. Kein einziger Abgeordneter hat sein Mandat infolge illegaler Kontakte zu unserer Firma verloren.

Ich war, nebenbei bemerkt, Verfechter der Verabschiedung eines Lobbyismus-Gesetzes — damit man genau den Rahmen des Zulässigen kennt. Aber die Staatsmacht bevorzugte es, die Spielregeln schwammig zu lassen. So wie unsere Konkurrenten nutzten wir bei Jukos lediglich die Vergünstigungen, die das damalige Gesetz zuließ.

Moskau, im August 2012

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, ich sitze im Büro des SPIEGEL, unweit des russischen Parlaments, der Staatsduma. In den Monaten nach der Rückkehr Wladimir Putins in den Kreml haben die Abgeordneten im Eiltempo repressive Gesetze durchgepeitscht, die Demonstrations- und Pressefreiheit weiter aushöhlen.

Die Opposition scheint unter dem Druck der Repressionen in sich zusammenzufallen. Ihre Anführer wie der radikale Kommunist Sergej Udaltow und der Anti-Korruptions-Blogger Alexej Nawalny werden mit Hausdurchsuchungen und Gerichtsverfahren überzogen.

Viele Russen sind auf einen starken Führer fixiert. Denken Sie, dass die Duma jemals eine entscheidende Rolle in Russland spielen wird?

Michail Borissowitsch, darf ich Sie noch bitten, den Ort zu beschreiben, an dem Sie Ihren nächsten Brief zu Papier bringen?

Segescha, im September 2012

Sehr geehrter Matthias, ich schreibe Ihnen aus meiner Baracke. Einige meiner Haftgenossen schauen Musikclips im Fernsehen. Ich sitze im Zimmer, wo unser Kühlschrank und eine Mikrowelle stehen, direkt unter einer Videokamera, die speziell zu meiner An-

kunft installiert wurde. Ich schreibe diesen Brief, und diejenigen, die mich beobachten, können gleich mitlesen. Es ist hell, und wenn eine Lampe durchbrennt, wird sie sofort gewechselt. Das ist eine Win-win-Situation für mich und für die Lagerleitung.

Die potentiellen Anführer der Proteste haben es nicht geschafft, den Menschen ein schlüssiges Programm anzubieten. Trotz der Unzufriedenheit gibt es deshalb zurzeit keine Massendemonstrationen. Einen Protest von links hält die Regierung mit Almosen nieder. Das Geld dafür wird allerdings immer knapper.

Ohne wirklichen politischen Wettbewerb greifen weder demokratische Mechanismen noch politische Reformen. Seit 2001 vertrete ich den Standpunkt, dass eine Mischung aus parlamentarischer und Präsidialdemokratie für Russland das Beste wäre.

Der Präsident muss über weitreichende Vollmachten zum Schutz der Bürgerrechte verfügen, um in dieser Phase die Schwäche unserer Zivilgesellschaft zu kompensieren. Er darf aber nicht die gesamte Politik des Landes bestimmen und der Gesellschaft ihr Verhalten diktieren, so wie das jetzt der Fall ist. Deshalb müssen die Rechte der Duma gestärkt werden. Sie soll den Haushalt kontrollieren und die Regierung ernennen. Und die Justiz muss unabhängig sein.

Wenn das nicht gelingt, fällt das Land nach dem unausweichlichen Sturz des Autokraten auseinander. Ein Zufall kann die Wende einleiten: der Verfall der Ölpreise, ein schwerer Fehler des Kreml, eine Krankheit Putins.

Grüßen Sie Ihre Frau und Ihre Söhne. Ich hoffe, meine Familie im Dezember bei einem der seltenen Treffen zu sehen.

Moskau, den 10. Oktober 2012

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, es ist Mittwoch, ein regnerischer Herbst-

tag in Moskau. Am Nachmittag ist das Berufungsurteil gegen die feministische Punkgruppe Pussy Riot verkündet worden.

Gefallen Ihnen die Aktionen von Pussy Riot? Bekannt wurden die Frauen mit einer Performance im Februar, die Putin als feigen Politiker verhöhnte. Haben Sie im Lager in Segescha von dieser Aktion erfahren? Denken Sie, dass eine Kirche wie die Christ-Erlöser-Kathedrale der richtige Ort für eine politische Demonstration ist?

Könnte es sein, dass Sie so etwas wie Verwunderung empfinden, vielleicht mit einer Prise Neid? Schließlich sind die jungen Frauen dabei, Ihnen die Rolle von Russlands prominentestem Gefangenen streitig zu machen.

Segescha, im Dezember 2012

Sehr geehrter Matthias, wie vielen meiner Landsleute fällt es mir recht schwer, mich mit einer solchen Performance in einem Gotteshaus anzufreunden. Allerdings würde ich daraus keinen großen Skandal machen. Die Jugend treibt auch sonst viel Unsinn, oder etwa nicht?

Und neidisch bin ich auf die Frauen überhaupt nicht. Höchstens ein wenig sauer, weil sie sich von den Machthabern ausnutzen ließen, um Liberale und Menschenrechtler auf der einen Seite und den konservativen Teil der Gesellschaft auf der anderen noch weiter auseinanderzudividieren.

Moskau, im Juni 2013

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, es ist mehr als ein Jahr her, dass Wladimir Putin in den Kreml zurückgekehrt ist. Wie schauen Sie auf das Intermezzo seines politischen Ziehsohns Dmitrij Medwedew? War alles ein abgekartetes Spiel, in dem Medwedew als schwacher Platzhalter vier Jahre Präsident sein durfte?

Medwedew ist nun Premierminister, aber einer, der sich wegduckt, wenn Putin die wenigen Reformen kassiert, die er durchgesetzt hatte. Verachten Sie Medwedew für sein Schweigen?

Segescha, im Juli 2013

Sehr geehrter Matthias, ich weiß nicht, wie es wirklich war. Aber Medwedew hatte wohl Gründe zu denken, dass er sich mit seiner Treue zu Putin eine weitere Amtszeit verdient. Er hat nicht an seine potentiellen Wähler geglaubt, obwohl es die Chance gegeben hätte, die Massen für ihn zu mobilisieren. Das haben die Großdemonstrationen gezeigt.

Vielleicht hofft Medwedew auch jetzt, dass er sich mit dieser Treue eine zweite Thronbesteigung ersitzt. Da habe ich allerdings Zweifel.

Moskau, im August 2013

Sehr geehrter Michail Borissowitsch, wie denken Sie über den Prozess gegen den populären Blogger Alexej Nawalny? Hat er das Zeug, zum Führer der Opposition zu werden?

Putins Anhänger und Fans, darunter nicht wenige Spitzenmanager großer westlicher Konzerne, sehen den Präsidenten als Garanten der Stabilität. Ohne harte Hand, so argumentieren sie, würde Russland weiter auseinanderfallen, sich der Kaukasus abspalten, freie Wahlen brächten nur Nationalisten an die Macht. Ein demokratisches Russland sei letztlich nicht lebensfähig. Ist das so?

Segescha, im Oktober 2013

Sehr geehrter Matthias, Nawalny ist der Anführer der jüngeren Oppositionellen. Die älteren bleiben noch skeptisch. Keiner will einen zweiten Putin. Zudem hat Nawalny keine Regierungserfahrung. Dennoch hat er Chancen.

Wenn Nationalisten die Macht übernehmen, wird es Putin gewesen sein, der ihnen den Weg geebnet hat. Denn gedemütigte Menschen, die keine politischen Rechte und so auch keine Möglichkeit mehr haben, legal für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu kämpfen, retten sich in Fremdenhass. Zudem neigt die Machtelite selbst zu Xenophobie.

Sieht man im Westen nicht, dass das Putin-Regime, vielleicht ungewollt, die Menschen zum Hass erzieht, der eine rote, eine braune oder irgendeine andere blutscheißähnliche Farbe annehmen kann?

Ehe es zu spät ist, muss man Putin und sein Umfeld dazu bewegen, in Russland wieder langsam Institutionen aufzubauen und nicht nur Attrappen. Das betrifft die Gerichte, die Wahlen, das Parlament, die Opposition. Man muss klar und deutlich zeigen: Lügen und eine Abkehr von europäischen Werten werden nicht akzeptiert.

Wozu brauchen das die Europäer? Damit sie später nicht einen deutlich höheren Preis für ihre kurzsichtige „Realpolitik“ zahlen müssen.

Europa hat es schnell geschafft, zu verdrängen, dass manche politische und wirtschaftliche Rechnungen mit Blut bezahlt werden. Ich bin überzeugt: Die einzige Alternative zu gemeinsamen Werten unter Nachbarn ist ein Krieg. Ein kalter Krieg oder auch ein heißer. Das lehrt uns die Geschichte.

Mit allerbesten Wünschen MBCh



Video: Die Geschichte des Michail Chodorkowski

spiegel.de/app432013chodorkowski
oder in der App DER SPIEGEL

Ausland

Vor zehn Jahren ließ Russlands Präsident Wladimir Putin den reichsten Mann seines Landes wegsperren: den Oligarchen Michail Borissowitsch Chodorkowski, heute 50. „Ich verkörpere alle drei Generationen der Rothschild-Dynastie: die Generation der Räuberbarone, diejenige, die das Geschäft konsolidierte, und diejenige, die in den Adel aufstieg“, hat Chodorkowski einmal festgestellt - ehe er am 25. Oktober 2003 verhaftet und wegen Betrugs, Steuerhinterziehung und Diebstahls zu fast elf Jahren Haft verurteilt wurde.

Noch als Funktionär der kommunistischen Jugendorganisation Komsomol hatte er 1988 unter Michail Gorbatschow eine Banklizenz ergattert. Mit 30 Jahren kontrollierte er etliche Banken, eine Stahlhütte und Russlands größten Titanproduzenten. 1995/96 konnte Chodorkowski die Mehrheit an

der Ölfirma Jukos weit unter Marktwert kaufen und brachte es später zu einem Vermögen von acht Milliarden Dollar. Es war die Zeit, als Russlands Wirtschaftsführer ihre Reichtümer auch jenseits der Legalität zusammenrafften und sogar Auftragsmorde zum Geschäft gehörten. Einmal traktierte Chodorkowskis Sicherheitsdienst zum Beispiel Vertreter von Minderheitsaktionären mit vorgehaltener Maschinenpistole. Chodorkowski sagt zu solchen Vorwürfen, kein einziger Konflikt sei bei Jukos „physisch gelöst“ worden.

In den vergangenen zweieinhalb Jahren führten Chodorkowski und der Moskauer SPIEGEL-Korrespondent Matthias Schepp einen Briefwechsel - der hier erstmals in Auszügen veröffentlicht wird. Es geht um Chodorkowskis Haft, seinen Gegenspieler Putin und die Demokratie in Russland.



Gefangener Chodorkowski – per Video in ein Moskauer Gericht zugeschaltet